

Prüfung intra- und transkulturelle Kommunikation
Termin: Januar 2010

Ausgangstext: Wortlaut der Rede von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei der Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus am 5.5.2010. Der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen durch amerikanische Truppen am 5. Mai 1945 wird seit dem Beschluss des österreichischen Nationalrats vom 11. November 1997 alljährlich als nationaler Gedenktag im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus begangen und dient der Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Bedrohung durch Rassismus und Gewalt.

Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 324 vom 05.05.2010.

Bearbeiten Sie die folgenden Aufträge auf Basis des Ausgangstextes. Achten Sie auf eine adäquate Textgestaltung in Hinblick auf Textsorte, Zielpublikum, Verwendungszweck usw. der Zieltexte.

Auftrag 1 – Textproduktion A-Sprache/-Kultur (ca. 250 Wörter):

Sie haben an der Gedenkveranstaltung teilgenommen und verfassen in Ihrer A-Sprache einen Bericht für ein Studierendenmagazin der Studienrichtung Politikwissenschaften, in dem Sie über die Rede Prammers berichten. Angenommener Auftragszeitpunkt: Mai 2010.

Auftrag 2 – Textproduktion B-Sprache/-Kultur (ca. 250 Wörter):

Als MitarbeiterIn im Büro der Nationalratspräsidentin Prammer erhalten Sie den Auftrag, auf der Basis der am 5.5.2010 gehaltenen Rede einen Text in der Sprache Ihrer B-Kultur für ein mündlich vorgetragenes, einleitendes Kurz-Statement zu verfassen. Dieses wird bei einer internationalen Veranstaltung zum Thema „Demokratie und Zivilcourage“, an der Jugendliche aus verschiedenen Ländern teilnehmen, in den Sprachen der anwesenden TeilnehmerInnen verlesen werden. Es wird erwartet, dass Sie den genauen Wortlaut des Statements schriftlich vorlegen.

Auftrag 3 – Textproduktion C-Sprache/-Kultur (ca. 250 Wörter):

Als MitarbeiterIn einer internationalen parlamentarischen Initiative, die Projekte gegen Gewalt und Rassismus an Schulen fördert, verfassen Sie ein Schreiben an SchulleiterInnen und LehrerInnen. Das Schreiben soll zum Engagement auffordern und die Bedeutung von Bildungsinstitutionen im Kampf gegen Gewalt und Rassismus betonen. Verfassen Sie diesen Text auf Grundlage der Rede der Nationalratspräsidentin in Ihrer C-Sprache.

Ausgangstext (887 Wörter):

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus stellen wir unsere demokratische Kultur und unser gesellschaftliches Miteinander in den Mittelpunkt. Dieser Tag fordert uns, unser persönliches, unser gesellschaftliches und politisches Handeln auf den Prüfstand zu stellen.

Zunächst beginnt dies mit dem Hinterfragen der eigenen Rolle.

Was tue ich, was tun wir, um demokratiefeindliche Einstellungen abzubauen? Wie verhalte ich mich, wie verhalten wir uns, im täglichen Leben angesichts von Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Jede und jeder Einzelne von uns verfügt über Potenziale, die wir gerne ausschöpfen - Kreativität, Wissbegierde oder Freude an der Begegnung mit anderen Menschen.

Wir dürfen aber nicht verkennen, dass wir nicht nur diese positiven Eigenschaften besitzen. In dieser Hinsicht ist das Milgram-Experiment aus dem Jahr 1961 in die Geschichte eingegangen. Damals wurden Menschen von einer Autorität angeleitet - nämlich von einem vermeintlichen Wissenschaftler - andere Menschen bei falschen Antworten mit Elektroschocks zu quälen. Die Szenen waren nur gestellt, wären sie es nicht gewesen, wären dabei Menschen zu Tode gekommen.

Dieses Experiment wurde 2008 in veränderter Form wiederholt. Erschreckend ist, dass wiederum 70 % aller Männer und Frauen bereit waren, wieder bereit waren, anderen Schmerzen zuzufügen. Warum? Weil eine anerkannte Autorität - der Versuchsleiter - es so verlangte.

Offensichtlich ist der Glaube an Autoritäten, das Unterordnen in eine vermeintlich vorgegebene Hierarchie, nach wie vor tief in den Menschen verankert. Diese Autoritäten sind zwar dem Wandel der Zeit unterworfen, die Prinzipien bleiben aber dieselben - egal ob sich Autorität in Form eines Professorentitels oder in Form öffentlicher Meinung darstellt.

Was lässt sich daraus folgern: Autoritäten tragen eine besondere Verantwortung. Schließlich wird ihr Handeln oftmals übernommen ohne auch nur hinterfragt zu werden. Gerade gesellschaftliche Autoritäten können Vorbilder sein - seien es Lehrerinnen und Lehrer, Eltern oder Politikerinnen und Politiker. Und gerade sie sind aufgerufen, Autorität nicht als Selbstzweck zu missbrauchen. Sondern sie im positiven Sinne für demokratiebewusstes Handeln und Zivilcourage zu nutzen und diese Werte vorzuleben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Was macht nun einen Menschen zu einer Demokratin und einem Demokraten? Die alleinige Ausübung des Wahlrechts jedenfalls nicht. Notwendig ist das kritische Hinterfragen eigenen und fremden Handelns und - die Folgen für die Gesellschaft.

Niemand von uns wird im Bewusstsein geboren, was falsch ist, was richtig, was menschenrechtlich verwerflich oder demokratiepolitisch erforderlich. Die Achtung der Menschenrechte, die Kenntnis der Prinzipien demokratischen Zusammenlebens - all das sind Werte, die wir nach und nach erwerben.

Diese Aufgabe kann nicht allein von den Eltern wahrgenommen werden. Unser Anspruch an das Bildungssystem muss daher sein, nicht nur Wissen zu vermitteln. Kinder müssen auch so etwas wie Herzensbildung erfahren. Jedes Kind braucht nicht nur Faktenwissen, es muss auch gesellschaftliche Zusammenhänge erkennen und begreifen lernen.

Für die Politik bedeutet das, jungen Menschen ein entsprechendes Lernumfeld zu ermöglichen. Ich würde sogar sagen, nicht nur zu ermöglichen, sondern zu garantieren.

Erst politische Bildung und die Vermittlung demokratischer Prinzipien befähigen Menschen, sich in einer komplexen Welt selbst eine differenzierte Meinung zu bilden. Sie befähigen sie,

sich an Hand dieser Meinung in einer Gesellschaft zu orientieren. Unsere Kinder und Enkelkinder haben einen Anspruch darauf, dass das Wissen um diese Werte vermittelt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie notwendig es ist, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, verdeutlichen die Vorkommnisse des letzten Jahres. Es zeigt sich am Beispiel von Gedenkstättenerschandungen oder neonazistischen Schmieraktionen. Es zeigt sich an immer wieder kehrenden Parolen der Ausgrenzung und Hetze. Manche meinen, das wären nur gesellschaftliche Randerscheinungen - eine Demokratie müsse solche Tendenzen aushalten.

Dieser Meinung bin ich nicht, denn das wäre nichts anderes als eine grobe Verharmlosung und damit völlig inakzeptabel. Denn der Blick in die eigene Geschichte lehrt uns, wozu Dulden, Wegsehen und Mitlaufen schon einmal geführt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Unteilbarkeit der Würde des Menschen und die Achtung der Menschenrechte als Basis unseres Zusammenlebens sind unumstößliche Prinzipien. Jede und jeder Einzelne - in Politik und Gesellschaft gleichermaßen - hat die stete Verantwortung, für diese Prinzipien einzutreten, das eigene Handeln daran zu messen und jene in die Schranken zu weisen, die diese Prinzipien wissentlich mit Füßen treten.

Lassen Sie es mich auf den Punkt bringen: Rechtsextremismus ist keine politische Meinung. Rechtsextremismus ist ein offener Angriff auf die Menschenrechte und die Demokratie, und damit auf die Menschen selbst.

Ich weiß, dass es Zivilcourage erfordert, sich einzubringen, wo Unrecht geschieht. Und das ist nicht immer leicht. Es ist aber notwendig für eine gelebte und offene Demokratie. Hass und Ausgrenzung können nur dort wachsen, wo Angst - zum Beispiel vor dem Fremden - geschürt wird und Feindbilder unwidersprochen bestehen können. Vor allem in wirtschaftlich instabilen Zeiten können solche Parolen auf fruchtbaren Boden fallen.

Umso mehr muss es daher Aufgabe der Politik sein, an den Schulen, in den Projekten und überall in der Gesellschaft Demokratiebildung zu fördern.

Jeder und jede von uns kann sich Tag für Tag entscheiden, ob er oder sie in den Kanon der Hetzer einstimmt oder sich dagegen entscheidet.

Und Politikerinnen und Politiker haben danach beurteilt zu werden, ob sie ein Umfeld der Hassparolen zulassen und fördern oder ob sie entschieden dagegen vorgehen. [...]

Wir haben uns die Frage gestellt, was wir alle tun könnten, damit es "Niemals wieder" ein verbrecherisches Regime wie den Nationalsozialismus geben kann und richten folgenden Appell an alle:

"Hinschauen, wach sein, mit offenem Blick durch die Welt gehen, Mut beweisen und **HANDELN!**"

Ich danke Ihnen!